

April 02, 2009

Spieleverbände fordern Entschuldigung des bayerischen Innenministers

In seiner Pressemeldung von Dienstagabend vergleicht der bayerische Innenminister Herrmann Ego-Shooter mit Kinderpornografie und Drogen. In aller Deutlichkeit fordern die deutschen Spieleverbände hiermit eine offizielle Entschuldigung des Ministers für diesen völlig überzogenen, sachlich falschen und unnötig polemischen Vergleich.

Stephan Reichart, Hauptgeschäftsführer von G.A.M.E.:

"Die Aussage des Herrn Ministers steht glücklicherweise nicht für Bayern insgesamt. Trotzdem ist sie für uns völlig inakzeptabel. Computerspiele derart zu kriminalisieren und mit Kinderpornografie zu vergleichen, ist polemischer Unsinn und diffamiert nicht nur unsere Branche insgesamt, sondern auch Millionen Computerspieler in Deutschland. Wer solche Aussagen trifft, zeigt deutlich, dass er sich noch nie mit Spielen beschäftigt hat und eine Politik des letzten Jahrhunderts vertritt. Mit Politikern wie Herrn Herrmann verliert die CSU jede Glaubwürdigkeit bei Millionen erwachsener Menschen und Wähler, die mit Computerspielen groß geworden sind und disqualifiziert Bayern mittelfristig als Standort für Deutschlands wichtigste Entertainmentindustrie. Wir fordern von Herrn Herrmann eine deutliche Entschuldigung für diesen verbalen Fehlgriff."

Olaf Wolters, Geschäftsführer BIU:

"Aus unserer Sicht sind die Äußerungen von Herrn Herrmann absolut nicht repräsentativ für die Politik der bayerischen Staatsregierung. Diese hat sich in letzter Zeit verstärkt um die Förderung der Unterhaltungssoftwareindustrie bemüht und insbesondere aus der Staatskanzlei sind deutlich differenziertere Aussagen zu unserer Branche zu hören. Wir fordern den bayerischen Innenminister auf, seine politische Geisterfahrt am rechten Fahrbahnrand zu beenden und zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren. Das momentane Verhalten des bayerischen Innenministers erinnert sehr stark an einen politischen Ego-Shooter, der sich mit rein populistischen und inhaltlich fragwürdigen Aussagen zu profilieren versucht."

Frank Sliwka, Geschäftsführer ESB:

"Auch der ESB schließt sich mit seinen mehr als 60.000 Mitgliedern den Forderungen der beiden Verbände GAME und BIU an und fordert den bayerischen Innenminister auf, endlich einen fairen und sachgerechten Dialog zu führen. Mit seiner öffentlich geäußerten politischen Haltung verhindert der bayerische Innenminister diesen Dialog und fördert vielmehr die Ausgrenzung tausender Jugendlicher. Er siedelt eine Generation deutscher junger Staatsbürger durch seine Äußerungen in dem Bereich der Kriminalität an. Der ESB erbittet vom Bayerischen Innenminister eine deutliche Entschuldigung! Solange dieses nicht geschieht fordert der ESB seine Mitglieder auf, deutliche politische Signale gegen die CSU zu setzen."